

entgegen. Die Männer des 20. Juli setzten nicht nur das persönliche Wohl Hitlers, sondern auch ihr eigenes hinter das Gemeinwohl des deutschen Volkes heldenmütig zurück.“

Aus diesem Verständnis des Fahneneides ist auch der Begriff der Treue und des Verrates zu bestimmen. Hochverräter ist, wer einen Regenten in seiner Tätigkeit für das Gemeinwohl böswillig hindert. Hochverrat gegenüber einem Tyrannen, der seinerseits das Volk verraten hatte, ist also unmöglich. Landesverräter ist, wer sein Volk mit Wissen und Willen dem Feinde ausliefert. Wollten das die Männer des 20. Juli? Diente nicht ihr Vorhaben dem Ziel, für das Volk zu retten, was noch zu retten war, und es vor der totalen Knechtschaft zu bewahren? Angesichts dieses in sich sittlich guten Zweckes durften sie sich jedes Mittels bedienen, das ebenfalls sittlich gut oder wenigstens einwandfrei war. Wenn der Kontakt mit dem Feinde an und für sich, infolgedessen also jeder Kontakt mit ihm, sittlich verwerflich wäre, wäre eine Versöhnung überhaupt unmöglich; denn sie setzt ja immer Verhandlungen und Vereinbarungen voraus. „Also ist der Kontakt mit dem Feinde nichts ‚in sich Schlechtes‘, sondern je nach den Absichten und Umständen schlecht oder gut.“ Im Kriege muß freilich der Kontakt mit dem Feinde normalerweise auf die Führung beschränkt bleiben. „Durch Sabotage Soldaten des eigenen Heeres dem sicheren Tod zu überantworten, ist kein moralisch erlaubtes Mittel, um einen Krieg zu verkürzen.“

Im Zusammenhang mit dem Plan zur Beseitigung der inneren Führung war aber der Kontakt mit dem Feinde, zu dem Zweck, zu erkunden, ob der Feind die Selbsthilfe des Volkes nachträglich anerkennen werde, Ausdruck verantwortungsvollen Handelns. Die Preisgabe militärischer Geheimnisse war dazu nicht erforderlich.

Dem Verräter ist schließlich immer irgendein egoistisches Motiv: Haß und Rache, Gewinnsucht oder Machtgier, eigen. Ihm opfert er die höheren Werte und seine Pflicht gegen sie. Die Männer des 20. Juli dagegen opferten sich für die Idee und das, was sie als ihre Pflicht erkannten.

Der Sachverständige faßte seine Ausführungen in folgenden Erkenntnissen zusammen:

„1. Die Männer des 20. Juli sind, soweit es auf ihre sittliche Absicht und Haltung ankommt, verteidigt. Damit ist aber nicht verlangt, daß man über die praktischen Wege, die sie beschritten, nicht mehr geteilter Meinung sein dürfte. Das Schicksal selbst wollte nicht, daß man Hitler zum ‚Martyrer‘ stempeln konnte. Man kann aber über objektive Fragen diskutieren, ohne gleichzeitig die subjektiv-persönliche sittlich saubere Haltung der Widerstandskämpfer bezweifeln zu müssen. Solche moralische Gerechtigkeit hat auch zur Folge, daß mit der sittlichen Ehrung dieser Männer jene anderen sich nicht als entehrt zu betrachten brauchen, die mit ähnlich ehrlicher Überzeugung das Gute auf anderen Wegen erstrebten. Die selbstlos anerkannte volle moralische Wahrheit wird die Atmosphäre zwischen allen Deutschen so entgiften, daß darin neues Leben gedeihen kann.“

2. Wenn es neben den überzeugten Widerstandskämpfern andere Männer gibt, die in Wirklichkeit formellen Verrat übten, so können sie sich nicht auf unsere moral-theologischen Ansichten berufen, um sich nachträglich mit den Männern des 20. Juli zu identifizieren.

3. Einer Verweichlichung der Wehrmachtsmoral für die Zukunft, d. h. der Meinung, als ob es Möglichkeiten gäbe, ohne schwerste Belastung des Gewissens das wahre Gemeinwohl zu verraten, ist vorgebeugt.

4. Die Einsicht in die Idee des Eides und die Erkenntnis, wie leicht von höchster vorgesetzter Stelle eine gefährliche Gewissensverwirrung verschuldet werden kann, verpflichtet vor allem anderen die führenden Persönlichkeiten der Zukunft. Sie müssen durch ihre eigene Treue zum Wohl des Volkes den Grund legen, auf dem die Eidestreue ihrer Untertanen so aufbauen kann, daß Volk und Regierung zugleich darin eingeschlossen sind. Halten sich alle führenden Persönlichkeiten der Zukunft an diese Erkenntnis, dann wird in unserm deutschen Vaterlande nie mehr ein Mensch vor einer Entscheidung stehen, die so schwer sein wird, wie es die des 20. Juli war.“

## Fragen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens

### Wohnungselend und Wohnungsprogramme

In dem Augenblick, da der deutsche Verteidigungsbeitrag erwogen wird, erkennen alle verantwortlich Denkenden an, daß Waffen allein weder den Frieden sichern noch die kommunistische Gefahr beseitigen. Der äußere Friede setzt auf die Dauer den inneren voraus. Aus diesem Grunde sind sich alle darüber einig, daß der soziale Standard Westdeutschlands durch den Verteidigungsbeitrag nicht gemindert werden darf. Aber diese Forderung erinnert an die Quadratur des Kreises. Niemand wird wohl annehmen, daß kommende Verteidigungsausgaben allein aus der Vermehrung des Sozialprodukts gedeckt werden können. Man wird sich also einschränken müssen. Und das ist der Verteidigungsbeitrag jedes einzelnen.

### *Der soziale Standard Westdeutschlands*

Nun besteht die Gefahr, daß das Problem der Einschränkung mit dem Rechenstift gelöst wird. Man arbeitet mit Statistiken, man richtet den Blick auf Durchschnitte. Auf diese Art wird schon der „soziale Standard“ ermittelt, von dem man ausgeht. Er ist eine Rechengröße. In Wirklichkeit gibt es keinen einheitlichen sozialen Standard Westdeutschlands, es gibt nur große, erschütternde, ja grauenhafte Unterschiede in der Lebenshaltung. Deshalb kann man auch nicht „den sozialen Standard“ senken. Es kommt darauf an, und die wahre Friedenssicherung hängt davon ab, wo man und welchen Bedarf man einschränkt und wer sich einzuschränken hat. Selbstverständlich haben die den größten Beitrag zu leisten, denen es am besten geht. Es gibt weite Kreise im deutschen Volk, denen es unverhältnismäßig gut geht. Aber gerade diese Kreise

haben auch den größten Einfluß auf die Entscheidungen. Die Industriellen sind eine Macht, gegen die der Staat nicht regieren kann. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, voran die Facharbeiter, dulden es nicht, daß ihr Lebensstandard gemindert wird. Sie haben sich dank ihren Organisationen ihrem Beitrag zu neuen öffentlichen Lasten meist durch Lohnerhöhungen entzogen. Die Angehörigen der freien Berufe, soweit sie eine Position besitzen, denken an die Sicherung ihrer persönlichen Zukunft; sie steigen in Sachwerte ein. Erfolgreiche Geschäftsleute tun es in ihren großartigen Bauten in ärgernisregender Weise. Die Beamtschaft ist zwar bescheidener, aber auch sie lebt nicht gerade notdürftig, wenn man von den untersten Rängen und besonderen Familienverhältnissen absieht. Alle genannten Klassen des deutschen Volkes, zu denen noch einige andere zu nennen wären, werden wohl der Meinung sein, daß *ihr* Lebensstandard nicht gesenkt werden darf. Und da sie die politisch einflußreichen Klassen sind, besteht die akute Gefahr, daß diejenigen Schichten noch mehr zu kurz kommen, die jetzt schon ganz unten angelangt sind: die Kriegsoffer aller Art. Die Renten und Unterstützungen werden im Realwert zurückbleiben. Und für die Behebung der Nöte, die durch laufende Unterstützungen nicht behoben werden können, werden noch weniger Mittel vorhanden sein.

Man hat oft den Eindruck, als ob das Ausmaß der Not, die in Westdeutschland existiert, nicht mehr gesehen wird. Die meisten Menschen empfinden ihren eigenen Zustand als notdürftig, weil ihr Geld nur noch die Hälfte der Kaufkraft hat wie vor dem Krieg. Man operiert allenthalben zugunsten der eigenen sozialen Klasse mit Kaufkraftstatistiken. Es ist deshalb höchste Zeit, daß alle, die sich Christen nennen, dieser unwirklichen Art, die deutsche Situation zu betrachten, entgegentreten. Wenn Facharbeiter heute darüber klagen, daß ihr Lohn nur 80% der Kaufkraft von 1938 besitzt, erst recht, wenn Geschäftsleute auf erholsamen Geschäftsreisen über die Steuern klagen, muß man dann nicht an alle diese die Frage stellen, wie sie sich eigentlich die Gestaltung des „sozialen Standards“, das heißt wie sie sich die Verteilung der Lasten, die der vergangene Krieg hinterlassen hat und die die Sicherung gegen einen neuen Krieg uns auferlegt, überhaupt vorstellen? Ist es falsch, zu vermuten, daß die Verteilung auf Grund der sozialen Machtverhältnisse geregelt werden wird? Werden die Gewerkschaften, die Industriellen, die gutsituierten Händler, die höheren Beamten, die gesicherten Bauern, die Fachärzte und prominenten Rechtsanwälte „Opfer“ bringen? Bis jetzt haben sie noch wenig Anstalten dazu gemacht. Diese Tatsache alarmiert das christliche Gewissen. Sie geht vor allem diejenigen Christen an, die diesen Schichten angehören, einschließlich der christlichen Bundestagsabgeordneten, bei denen die Verantwortung in erster Linie liegt.

Das Elend in Westdeutschland ist ein vielfaches. Es gibt Millionen existenzloser Menschen, die zum Teil zeitlebens existenzlos bleiben werden. Es gibt viele Menschen, die gerade eben nicht verhungern. Aber vielleicht ist keine Not so unerträglich für die Betroffenen, so aufreizend angesichts des Lebens der anderen, so gefährlich für die Gesamtheit wie die Wohnungsnot. Wer spürt nicht die Einschränkung in seinem Wohnraum! Aber wie wenig ist es bekannt, unter welchen Umständen andere, viele, viele andere leben müssen. Man weiß zwar, daß in dem weit entfernten Schleswig-Holstein „ungenügende Wohnungs-

verhältnisse“ bestehen. Aber gibt man sich darüber Rechenschaft, daß inmitten der relativ gesundesten Gebiete Deutschlands, in der unmittelbaren Nachbarschaft, Menschen in großer Zahl so elend hausen, daß das persönlich gerettete Minimum an eigener Wohnungskultur jedem Christen als eine Sünde erscheinen müßte? Unsere einzige Entschuldigung besteht darin, daß wir es nicht mit eigenen Augen sehen. Doch glauben wir gerade deshalb, verpflichtet zu sein, unseren Lesern von einem ganz konkreten Bericht über diese Verhältnisse Kenntnis zu geben.

#### *Westdeutsches Wohnungselend*

Die Kreisgruppe des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in dem südwestlich von Stuttgart gelegenen Landkreis Böblingen hat eine Enquête über die Wohnverhältnisse ihrer Mitglieder veranstaltet, die sich nicht nur in Zahlen erschöpft und so das Elend verschleiert, wie es üblich ist, sondern die eine größere Zahl von Augenscheinberichten wiedergibt. An der Enquête waren auch die zuständigen Behörden beteiligt. Sie ist sicherlich objektiv.

Der Landkreis Böblingen hat 40 Gemeinden. In seinen Zahlen gibt der Bericht eine Gesamtdarstellung der Verhältnisse. Rein statistisch betrachtet, sind sie in allen Gemeinden mehr oder weniger gleich. Die Augenscheinberichte, die 29 von den 53 Seiten der Denkschrift füllen, beschränken sich auf Erhebungen in 8 von den 40 Gemeinden. Man muß sich also diesen Teil verfünffacht vorstellen. Dann erst gibt er die ganze Not wieder. Doch dessen bedarf es nicht. Was der Bericht schildert, ist so ungeheuerlich, zum Teil auch so ergreifend, daß dies genügen müßte, jeden christlich Denkenden und um die christlich verstandene Ordnung in Deutschland Besorgten aufs äußerste zu beunruhigen. Wir können nur Stichworte aus diesen Berichten wiedergeben. Es wäre aber zu wünschen, daß viele unserer Leser den Bericht im ganzen studierten. Er ist bei der Geschäftsstelle des Kreisverbandes der Heimatvertriebenen in Böblingen zu beziehen. Der Bericht schildert zwar die Verhältnisse in diesem Kreise als besonders schlimm. Doch wird man anderswo sicher Ähnliches entdecken, wenn man sich darum bemüht.

#### *Schicksale von Menschen*

Wir schildern im Telegrammstil, was dieser Bericht erzählt: Frau M. G., 3 Kinder (8—12 Jahre), ein Zimmer, 18 qm, 12.— DM. Der Hausbesitzer hat ihnen in einer Ecke ihres einzigen Zimmers ein Klosett einbauen lassen, obwohl im Hause noch zwei andere Klosetts sind. — Frau K. H. mit 1 Sohn (23 J.), 6 Töchtern (15—27 J.), 2 Räume je 16 qm, der dritte 14 qm, der mittlere ohne Tageslicht, Fabrikräume, Rattenplage. — Ehepaar P. F., 1 Kind (5 J.), 1 Raum, Fußboden bis zu 25 cm gesenkt, schiefe Ebene, Wände gesprungen, Gesundheitsamt: „Sofortige Räumung“. — Baracke D., 6 Familien; wenn es regnet, werden Behälter in den Räumen aufgestellt. — Baracke S., 4 Familien, 4 Aborte ohne Türen, Wasser 150 m entfernt, es regnet in die Betten, Licht und Türschlösser von den Leuten selbst angeschafft, mehrere Personen in einem Bett. — A. M., Wohnung nur „in stark gebückter Haltung erreichbar“. Zimmerhöhe 1,8 m, äußerst schlecht schließende Fenster. — J. I., Wohnung für 6 erwachsene Personen durch einen Verschlag von einer Gaststube abgezweigt. — B. E. und Frau, 2 Kinder (5 u. 10 J.), ein Durchgangszimmer. — P. I. mit Frau und 5 Söhnen

(18—27 J.), der Fußboden schwankt, das Haus ist von außen mit drei Pfosten abgestützt. — J. E., Zugang über einen unbeschreiblich vollgerümpelten, feuergefährlichen Dachboden, hartnäckige Haltung des Vermieters Kußmaul trotz Ortspolizei. — M. B. mit Frau, 6 Kinder (2—13 J.), 1 Raum, 18 qm, 5 Betten. — J. S. mit Frau, 2 Kinder (19—21 J.), 1 Raum, 12 qm; der Vermieter mit Frau und 2 Kindern 4 Zimmer und Küche. Bürgermeister weigert sich, das Haus zu betreten, da „der Vermieter gewalttätig ist“. — T. S., Kriegerwitwe, 3 Kinder (9—15 J.), 15 qm-Schlauch-Raum, „in der zweiten Hälfte wie ein schmaler Gang“. — J. N. mit Frau und 3 Kindern (5—10 J.), Wohnung so baufällig, daß „die Handwerker es ablehnten, auch nur noch die geringste Reparatur zu machen“. — A. N. mit Frau und 3 Kindern (7—18 J.), „Fenster und Mauern sowie die Decke sind grau und schwarz von triefender Nässe“. — K. B., Frau und 7 Kinder (4 Monate bis 12 J.), 22 qm Schlafraum, 4,5 qm Notküche. — G. F. mit 2 erwachsenen und 1 kleineren Kind, 1 Raum, nachts füllt das dritte aufgestellte amerikanische Feldbett den ganzen Raum aus. — Jugendheim Gärtringen, 28 Familien, über 100 Personen, „ganz einfach unfassbar“, „in unmöglicher Weise überbelegt“, „Skepsis und Verzweiflung“, „niemand hat sein eigenes Bett, mehrere Personen schlafen zu zweit, Mann und Frau, Sohn und Tochter, Schwiegersohn und Schwiegertochter u. dgl., alles beisammen“, wenn Feuer ausbräche, würde niemand mit dem Leben davonkommen, „labyrinthartige Gänge“, im Keller zwei Klosetts, „in russischer Kriegsgefangenschaft günstiger“. — St. K. mit Frau, 3 Kinder (8—18 J.), 1 Zimmer, 18 qm; die Frau brachte hier ein weiteres Kind zur Welt. — Witwe E. S. (75 J.) und Tochter (52 J.), 1 Raum, 6 qm, Hausbesitzer (über 70jähriges Ehepaar) 3 Zimmer und Küche. — M. M., „der Rauchabzug geht unmittelbar durch die Wand ins Freie, weshalb bei windigem Wetter die Wohnung immer voll Rauch ist“. — K. S., „die Tür in diesem Raum ist eine gewöhnliche Stalltür, der Raum wurde früher auch als Stall verwendet“. — J. S. „Für das eine Bett wurde vor einem halben Jahr ein Strohsack gekauft, der an der Wandseite schon gänzlich verfault ist.“ — G. R., Frau, Mutter, Tochter (17 J.), 1 Raum, 14 qm, Vermieter kann den Nebenraum nicht abgeben, da er „diesen als Aufbewahrungsort für Gewürze braucht; er hat aber in diesem nur ein einfaches Kästchen mit Gewürzen stehen“. — J. S. „Der Fußboden besteht aus Steinpflaster. Für die Versorgung des ganzen Hauses werden Holz und Kohle mit einem Handwagen durch die Wohnung des S. gefahren. Die Asche und sonstige Abfälle werden auf diese Weise auch wieder ausgefahren.“ — M. H. Die Zugangstür vom Flur wurde vom Vermieter zugemauert, als die Flüchtlinge eingewiesen wurden. Dafür wurde eine Tür direkt ins Freie gebrochen. — M. S. „Der Zugang ist nicht ungefährlich.“ — E. B., Witwe mit 6 Kindern (4—20 J.), in einem Eisenbahnwagen, kalt und feucht, Wasser in der Nachbarschaft, Abort für 8 Familien gemeinsam. — Hopfenhaus Weil im Schönbuch: „Zu den von Heimatvertriebenen belegten Wohnräumen im Hopfenhaus gelangt man vom Hofe aus über eine steile, 19 Stufen zählende Außentreppe, weil der eigentliche Zugang von der Straße in das Haus von diesen Mietern nicht benützt werden darf. Aus den ehemaligen Hopfensälen sind durch Bretterwände einzelne Räume geschaffen worden, die zu beiden Seiten eines nur 80 cm breiten langen, geraden Ganges angeordnet sind. Damit wird der Gang praktisch

durch zwei Fronten von Holzwänden gebildet, in welche die einzelnen Wohnungstüren führen. An den Wohnungstüren befinden sich zwecks Absperrungsmöglichkeit der Wohnungen Vorhängeschlösser. Allein die ganze Anordnung dieses Ganges und der Wohnungen macht den Eindruck eines in mehrere Abteilungen geteilten Bodentraumes. Nach Auskunft der Mieter haben dieselben die Türen selbst anfertigen müssen. Vom ersten zum zweiten Stock führt eine schmale und finstere Holzstiege. Die Räume selbst sind im Durchschnitt unerträglich überbelegt und denkbar ungesund; insgesamt gesehen ausgesprochen primitivste Elendsquartiere. Für sämtliche Familien ist eine Waschküche vorhanden, wo auch das Wasser geholt werden muß. Soweit die Wasserleitung im Winter einfriert, muß das Wasser aus dem Brunnen im Freien über die Außentreppe geholt werden. Für sämtliche zahlreichen Familien mit insgesamt 70 Köpfen ist im Hof eine Holzbude (Abort) mit sechs abgeteilten Sitzen vorhanden. Demnach müssen auch die Mieter aus dem 2. Stock des Hauses über die Treppen und die 19 Stufen zählende Außentreppe zu diesem im Hof befindlichen Abort. Eine Senkgrube ist bei diesem Abort nicht da, sondern nur Holzkästen, so daß der Harn bis fast an die Sitze heraufreicht und in Lachen rings um die Holzbude sichtbar ist. Die ganze Anlage widerspricht den primitivsten hygienischen Anforderungen und ist ein ausgesprochener Seuchenherd. Die Benützung dieser Klosettanlage bei Nachtzeit erscheint wohl praktisch ausgeschlossen.

Die Anlage der Wohnungen ist so eng, daß bei Feuersgefahr eine Katastrophe unvermeidbar ist.

Die Mieten für diese Notwohnungen sind außerordentlich hoch und widersprechen offenkundig in erheblichem Maße den diesbezüglichen Richtlinien des Innenministeriums und der Preisbehörde. Die Investition, welche die Gemeinde durch die Errichtung der Zwischenwände und durch Schaffung der Waschküche und Wasserleitung sowie der Abortanlage vorgenommen hat, müßte sich bei diesen hohen Mieten schon längst bezahlt gemacht haben. Unverständlich hoch ist auch der Wasserzins, zumal bei der schwierigen Beschaffung des Wassers über Treppen und Gänge und im Winter teilweise bis aus dem Freien. Wesentliche Veränderungen sind seit 1946 im Bauzustand nicht vorgenommen worden, ebensowenig sind Familien in andere Wohnungen gekommen. Die Mieter selbst waren zum Teil sehr entrüstet, zum Teil stark deprimiert, weil für sie bisher nichts getan worden sei. Sie kritisieren stark, daß zwar von Zeit zu Zeit Kommissionen, zuletzt eine gemischte Kommission mit Angehörigen der Militärregierung, das Hopfenhaus besichtigten; bisher habe sich jedoch noch keine Stelle gefunden, die Abhilfe geschafft hätte. Nicht einmal eine Auflockerung sei bisher in Gang gebracht worden. Bei den Inwohnern handelt es sich fast ausschließlich um Deutsche aus der Gegend der Kremnitzer Münze in der Slowakei. Das Zusammenleben von alt und jung und Personen verschiedenen Geschlechtes, zum Teil mehreren Familien, ist vom sittlichen Standpunkt aus besonders unerträglich. Die Erwachsenen arbeiten als Pendler weit auswärts. Sie haben keine Möglichkeit, Ruhe und Entspannung zu finden. Die Menschen selbst sind durchwegs streng gläubige Katholiken, die nicht nur in ihrer Notbehausung ihre Heiligenbilder und das Bild ihres römischen kirchlichen Oberhauptes an sichtbarer Stelle besitzen, sondern tatsächlich aus ihren Gebirgsdörfern der Slowakei eine tiefe Religiosität mitgebracht haben. Trotz des Schick-

sales und der Not und, wie sie sich ausdrücken, trotz des mangelnden Verständnisses, das sie für ihre Lage hier finden, stehen sie auch weiterhin unter ihrem festen Glauben, daß man ihnen doch helfen müsse.“

### *Resultat einer Enquête*

Welche Schicksale spielen sich hinter diesen düren Angaben ab! Die Böblinger Denkschrift sucht sie in ihrem auswertenden Teil anzudeuten. Gesundheitliche Schäden: Kinder, „denen die Krankheitskeime schon in die Wiege gelegt werden“, vorzeitiges Altern, Verfall der Arbeitskraft; denn ein großer Teil dieser Menschen sucht seinen Lebensunterhalt fern vom Wohnort in Fabriken und kehrt in dieses „Heim“ zurück, wenn er von 5 oder 6 Uhr früh unterwegs war. Sittliche Schäden: Verfall der Familie, des letzten Gutes, das den Heimatvertriebenen blieb, Ende jeder Sexualdisziplin. Materielle Schäden: keine Möglichkeit, das persönlichste Eigentum, Kleider und Möbel aufzubewahren, geschweige denn zu pflegen, selbst wenn man Geld hat, sie anzuschaffen. Unverständlich hohe Mietpreise für diese Quartiere, allen Preisstops zum Trotz. Politische Schäden: Welche Geduld dieser Menschen, sagt der Bericht, daß sie immer noch warten und „eine positive Einstellung zu staatlichem Leben“ haben. Man darf nicht übersehen, daß der Spalt zwischen ihnen und der seßhaften Bevölkerung immer mehr auseinanderklafft, weil sich diese natürlich leichter und immer rascher von den Kriegsverlusten erholt.

Der Bericht bemerkt, daß die Initiative der ökonomisch gesunderen Schichten und auch der Behörden gegenüber diesen Zuständen bedenklich nachläßt. Die Wohnraumbewirtschaftungsvorschriften werden beispielsweise immer nachlässiger gehandhabt. Schon liebäugeln verantwortliche Funktionäre mit Aufhebung des Zwanges. Die Mittel zum sozialen Wohnungsbau werden — die Zahlen der Enquête beweisen das — zweckentfremdet, um nicht zu sagen verschleudert. Jedenfalls kommen sie durchaus nicht proportional den Bedürftigsten zugute.

### *Einzelfälle?*

Es muß davor gewarnt werden, die Tatsachen dieser Enquête mit der beliebten Bemerkung abzutun, daß es sich um Einzelfälle handle. Wie günstig, wenn das wahr wäre! Und doch, welches Eingeständnis, wenn ein demokratischer, sozialer, christlicher Staat nicht imstande wäre, diese „Einzelfälle“ zu heilen! Es sind aber eben keine Einzelfälle, sondern nur Beispielfälle für die Häufung von sozialen Ungerechtigkeiten in Westdeutschland. Der Böblinger Bericht nennt 1982 heimatvertriebene Familien, die eine Wohnung suchen. Und wenn er weitere 1387 einheimische Wohnungsuchende danebenstellt, weist er darauf hin, daß die elementare Not nicht nur bei den Heimatvertriebenen zu Hause ist. Der Bericht erwähnt auch, daß man nicht nur an die Beschaffung neuen Wohnraums denken muß, sondern ebenso an erträgliche Mieten. Auch von daher gesehen, ist die Wohnungsfrage nicht privatwirtschaftlich lösbar.

### *Die Vorschläge zur Lösung des Wohnungsproblems*

Diese Betrachtungen wären müßig, könnte man nicht zugleich darauf hinweisen, daß die Not allmählich behoben werden kann. Wir möchten deshalb an den Bericht der Kommission erinnern, die unter Vorsitz des Amerikaners H. Ch. Sonne im Frühjahr 1951 Vorschläge gemacht hat,

wie die Flüchtlingsnot gelindert werden könnte. Der Bericht ist umfassend. Er beschäftigt sich auch mit dem Existenzproblem der Vertriebenen. Er fordert in dieser Hinsicht, daß in den nächsten sechs Jahren die landwirtschaftliche Siedlung verdreifacht werden muß. In bezug auf den Wohnungsbau spricht dieser Bericht von insgesamt 2,5 Millionen fehlender Wohnungseinheiten. Davon müßten 1,25 Millionen für Flüchtlinge bereitgestellt werden, auch schon deshalb, damit die Produktionssteigerung nicht am Mangel von Arbeitskräften scheitert. Der Sonne-Bericht schätzt, daß die deutsche Baukapazität, die zwischen 300 000 und 350 000 Einheiten pro Jahr liegt, auf 400 000 Einheiten gesteigert werden kann, so daß jährlich 200 000 Flüchtlingswohnungen gebaut werden könnten, die natürlich im Zusammenhang mit der industriellen Raumplanung angeordnet werden müßten, soweit sie nicht (zu 10%) der landwirtschaftlichen Siedlung dienen. Dieser Bericht ist wegen der Preissteigerungen in seinem finanziellen Inhalt natürlich inzwischen der Revision bedürftig geworden. Der Sonne-Bericht rechnet für die durchschnittliche 3-Zimmer-Wohnung von insgesamt 42 qm noch mit 8000 DM Herstellungskosten, also mit einem Gesamtaufwand von 7,5 bis 8 Milliarden (mit Einrichtung). Jedoch spielt diese Ziffer keine so große Rolle, weil mit den gestiegenen Kosten ja auch die öffentlichen Einnahmen außerordentlich gestiegen sind. Der Sonne-Bericht kann nach wie vor ein Ausgangspunkt für den notwendigsten Zweig unserer Sozialpolitik sein, wenn nicht der Primat der Außenpolitik, also der Verteidigungsbeitrag, der ja auch ein Geldbeitrag sein muß, eine neue Situation schafft.

Mögen die Entscheidungen über die deutsche Zukunft nicht kurzfristig getroffen werden! Wenn hinter dem „Schleier“ von Divisionen, Flugplätzen, Atombomben und Kollektivverträgen ein soziales Chaos steht — will man bestreiten, daß das, was hier geschildert wurde, ein Chaos ist? — wird dieser Schleier wahrscheinlich zerreißen.

Aber wir glauben, im Sinne unseres Berichtes über die Äußerungen von Msgr. Ancel im letzten Heft, daran, daß wir die Chance hätten, uns auf andere Weise unangreifbar zu machen, nämlich durch eine ganz entschiedene Politik der sozialen Befriedung, besonders auch im Hinblick auf die Wohnungen. Nur die Familien, die ein Heim haben, können etwas verteidigen! „My home is my castle.“ Wir sprechen absichtlich von einem Heim. Wir sprechen nicht von Not-, Behelfs-, Kleinwohnungen und sonstigen Verneinungen eines echten Heims.

Die Heimbeschaffung für die Familien scheint uns heute in die Mitte aller sozialpolitischen und wehrpolitischen Überlegungen zu gehören. Sie ist wichtiger als die Höhe der Löhne, die Erträglichkeit der Steuern, die Investitionsfrage und selbst als die Verteidigungsangelegenheit. Wir haben die Äußerung der französischen Bischöfe gelesen, nach deren Meinung Frankreich an diesem Problem zugrunde gehen könnte. Sicher gilt das auch für Westdeutschland. Denn wenn jemand statt eines Heims nur eine Schlafstätte besitzt, wenn er sogar, wie die Böblinger Enquête von einem Fall berichtet, in der russischen Kriegsgefangenschaft besser untergebracht war, warum in aller Welt sollte er den Kommunismus fürchten? Er wird eher geneigt sein, ihn herbeizuwünschen, damit es endlich keinem mehr besser geht!

Die ideale Lösung des Wohnungsproblems, mit der auch zugleich zum größten Teil die Not der familiären und damit der menschlichen Existenz in unserm Raum behoben

würde, ist im Altenberger Programm des „Ehe und Familie“-Ausschusses der Deutschen Katholikentage formuliert, das wir deshalb heute nachträglich wiedergeben und auf diesem Hintergrund sorgfältig zu erwägen bitten.

*Altenberger Programm des Ausschusses „Ehe und Familie“  
des Deutschen Katholikentages vom 21. Sept. 1951*

„Wir wissen, daß in den letzten Jahren viel geschehen ist, um die Wohnungsnot zu lindern, die durch Zerstörung von Millionen von Wohnungen im Kriege und durch das Einströmen von fast 10 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik entstanden ist. . . Wir stehen noch heute, sechs Jahre nach dem Kriege, vor der Tatsache, daß Hunderttausende in Baracken, Bunkern und anderen menschenunwürdigen Unterkünften leben.

Der Verlust der Heimat und die Zerstörungen des Krieges haben Millionen Deutscher den Raum genommen, in dem ihre Familien lebten, und die Arbeitsstätte, die ihnen Unterhalt gab. So sind in einem bisher in der Geschichte unbekanntem Ausmaße Millionen von Familien eigentumslos geworden. Die Aufgabe, vor der wir heute stehen, kann sich deshalb nicht darin erschöpfen, diesen Menschen wieder Wohnung und Arbeitsplatz zu beschaffen, irgendwo und irgendwie, sondern ihnen auch wieder Eigentum zu geben und sie damit wirklich wieder in die Gemeinschaft einzugliedern. Die ungeheure Bauaufgabe der Gegenwart bietet darüber hinaus eine einmalige Gelegenheit, Fehler der Vergangenheit wieder gutzumachen und einer breiten Schicht unseres Volkes erstmals zu einem Eigentum zu verhelfen.

Wir stellen mit großer Sorge fest, daß diese einmalige Gelegenheit noch wenig genutzt und die gestellte Aufgabe zum Teil vielleicht gar nicht erkannt wird. Die praktische Entwicklung des Wohnungsbaus der letzten zwei Jahre ist jedenfalls nicht in der Richtung gegangen, deutschen Menschen wieder Eigentum zu verschaffen, sondern Kollektiv-eigentum in Gestalt von großen Wohnblocks in der Hand mächtiger Wohnungsunternehmen zu bilden. Von den im Jahre 1950 vollendeten Wohnungen sind nach einer vorläufigen Statistik des Bundeswohnungsministeriums nur 14,8 Prozent in Form von Eigenheimen oder Einfamilienhäusern erstellt worden. Wieviele davon in Eigentum einer Familie gelangen sollen, ist noch nicht berichtet. Die verbleibenden 85,2 Prozent Mehrfamilienhäuser sind zu einem sehr großen Teil von den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gebaut worden. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft hat eine Statistik über die Eigentumsverhältnisse ihres Bereichs vorgelegt. Danach sind von ihrer gesamten eigenen Wohnungsproduktion während der letzten Jahrzehnte nur 18 Prozent in Eigentum überführt worden, 82 Prozent sind in Kollektivbesitz geblieben. Das Gewicht dieser Statistik erhellt, wenn man sich bewußt ist, daß der Anteil der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen am sozialen Wohnungsbau des Jahres 1950 nahezu die Hälfte ausmacht.

Aus unserer Sorge für die Familie müssen wir uns dieser Entwicklung entgegenstellen. Wohnungen, wie sie heute aus rechnerischen Erwägungen überwiegend in Mietwohnblocks geschaffen werden, sind für sich allein nicht geeignet, den wirklichen Bedürfnissen der Familie zu entsprechen und ihnen die Möglichkeit zu einer natürlichen Entfaltung zu geben. Besonders bedenklich erscheint es, daß in steigendem Maße an Stelle familiengerechter Wohnungen Kleinst- und sogenannte Schlichtwohnungen gebaut werden.

Wir schlagen vor, solches Bauen nicht als sozialen Wohnungsbau zu bezeichnen, sondern ehrlich von Primitivbau zu sprechen, Kleinstwohnungen sollten nur für allein-stehende Personen und ältere Ehepaare erstellt werden. Der Einfluß des Raumes, der eine Familie umschließt, kann in seiner prägenden Wirkung schwerlich überschätzt werden. Die Kleinstwohnung führt fast unausweichlich zur Kleinstfamilie.

Aus christlicher Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes erheben wir laut und deutlich unsere Stimme. Wir anerkennen die verschiedenen Wohnverhältnisse, die sich nach Stadt und Land, nach Einkommen und Wohnsitten, nach Zusammensetzung der Familien verschieden stellen. Die Norm aber des im echten Sinne sozialen Wohnungsbaues muß das familiengerechte Heim sein, das im Eigentum der einzelnen Familie steht. Wie sehr wir mit dieser Forderung an die Grundlage der Existenz freier und eigenständiger Menschen rühren, mag ein Wort beweisen, das die maßgebliche Stelle in der Ostzone vor einiger Zeit ausgesprochen hat. Dort heißt es: ‚Wir begrüßen und fördern den Bau von modernen Wohnblocks in Form vielgeschossiger Hochbauten. Wir lehnen die überholte und kleinbürgerliche Siedlung, die jedem Arbeiter ein kapitalistisches Trugbild vorgaukelt, ab.‘ Aus diesem Wort dürfte klar hervorgehen, was es für die gesamte Haltung des Menschen bedeutet, wenn er in seinem Eigenen wohnt.

Aus dieser unserer Grundhaltung sind die folgenden Thesen entstanden. Sie befassen sich 1. mit dem Grund und Boden, 2. mit dem Baukapital, 3. mit den Baustoffen und Arbeitskräften.

#### *Bodenpolitik*

1. Um Wohnungen zu schaffen, brauchen wir Boden. Um familiengerechte Heime, Eigenheime mit Garten, Nebenerwerbs- und Kleinsiedlungen zu schaffen, braucht es mehr Boden, als die hochgeschossige Bauweise erfordert. Allerdings wird der Mehrbedarf oft sehr überschätzt. Boden herzugeben heute, wo bereits wieder eine Flucht in die Sachwerte sich abzeichnet, ist ein Opfer. Trotzdem sollte der Boden, der benötigt wird, um Familien sesshaft zu machen, in aller Regel freiwillig und zu billigen Bedingungen gegeben werden. Diese dringende Bitte und Ermahnung richten wir an alle unsere christlichen Brüder und Schwestern, die Eigentümer von Grund und Boden sind, den sie abgeben können. Die öffentliche Hand, insbesondere Staat und Gemeinden, hat mit dem guten Beispiel voranzugehen. Gemeinden haben Bodenvorratswirtschaft nicht als Selbstzweck und ebensowenig eine fiskalisch orientierte Bodenpolitik zu betreiben, sondern dazu, um Bauwilligen jederzeit Boden in geeigneter Lage und zu angemessenen Preisen stellen zu können.

Wir begehren kein Bauland oder Siedlungsland zu unbilligen Bedingungen. Es muß aber aufhören, daß für den Boden nur deswegen ein vielfach höherer Preis gezahlt werden muß, weil jemand die Absicht hat, diesen Boden zu bebauen. Das Baulandbeschaffungsgesetz, das bereits für das Baujahr 1951 zur Verfügung stehen sollte, muß rechtzeitig in Kraft treten, um den 1952 zu bebauenden Boden beschaffen zu können. Es kann allerdings nur ein Übergangsgesetz sein. Mit aller Beschleunigung sollte ihm ein umfassendes Werk der Gesetzgebung folgen, das u. a. die heute ungeordnete, vom Preisstop nur trügerisch überdeckte Wertbildung des Bodens in geordnete Bahnen lenkt. Dazu gehört die Abschöpfung jener nicht auf Kapital

oder Arbeit beruhenden steigenden Erträge der Grundstücke, die nach einem bestimmten Stichtage ohne Arbeits-einsatz oder Einsatz von Kapital entstanden sind. Die so abgeschöpften Beträge sollten für die Aufschließung von Gelände und zur Förderung des Wohnungsbaues zweckgebunden werden. Hierzu gehört ferner eine einheitliche und gerechte Regelung der Landes-, Stadt- und Bauplanung, der Umlegung des Bauordnungsrechts, nicht zuletzt aber Richtlinien für die Bodenpolitik der öffentlichen Hand — dies alles ausgerichtet auf familiengerechtes Bauen und Siedeln.

### *Eigentumsbildung*

2. Die öffentlichen, in den Wohnungsbau gelenkten Mittel müssen vornehmlich dafür verwendet werden, um einzelnen Familien Eigentum zu verschaffen. Deshalb muß ein erheblicher Teil dieser Gelder mit der Auflage versehen werden, Eigenheime und Kleinsiedlungen zu schaffen, die ins Eigentum der Bewohner zu überführen sind. Eine durchaus vorsichtige Schätzung ergibt auf Grund der jetzigen Wohnungsbauprogramme in der Bundesrepublik, daß innerhalb von 6 Jahren etwa 20 Milliarden DM an öffentlichen Mitteln im Wohnungsbau investiert werden. Wenn die Entwicklung so weitergehen darf wie in den ersten beiden Jahren, ist zu erwarten, daß der überwiegende Teil dieses ungeheuren Vermögens der Verfügungsgewalt eines verhältnismäßig kleinen Personenkreises unterstehen wird, anstatt Eigentum von Millionen deutscher Familien geworden zu sein.

Das in den großen sozialen Sammelbecken sich ansammelnde Kapital soll ja denen, die es aufgebracht haben, in Zeiten der Not und des Alters eine zusätzliche Existenzsicherung gewähren. Darum sollten die Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherungen es zur Norm erheben, den größten Teil des Versicherungsvermögensstockes in Darlehen zur Förderung des Eigentums ihrer Mitglieder anzulegen.

Die private Kapitalwirtschaft, insbesondere die privaten Versicherungsgesellschaften und Hypothekeninstitute, sowie die Sparkassen sollten es als Verpflichtung ansehen, einen erheblichen Teil des in ihren Kassen sich bildenden Sparkapitals gleichfalls zur Schaffung von Einzeleigentum in Form von Eigenheimen und Kleinsiedlungen einzusetzen.

Das Bestreben jedes bedeutenden industriellen Unternehmens, einen guten Mitarbeiterstamm zu besitzen, sollte bewirken, daß mehr als bisher auch das Wohnen im eigenen Hause in die Mitsorge einbezogen wird.

Es wird als richtig anerkannt, daß von den den Wohnungsbau finanzierenden Stellen ein angemessener Anteil der Erstellungskosten als Eigenkapital des Bauherrn gefordert wird. Es kann aber nicht für richtig gehalten werden, daß für die Errichtung von Eigenheimen und Kleinsiedlungen, d. h. für den Einzelbauherrn ein höheres echtes Eigenkapital gefordert wird als für den Geschloßwohnungsbau der großen Unternehmen. Die Arbeitsleistung für das eigene Haus ist echtes Eigenkapital. Dagegen sind die Mieterzuschüsse, Arbeitgeberdarlehen und ähnliche Mittel nur als zusätzliche Finanzierung anzusehen und nicht als Ersatz für das erforderliche Eigenkapital zu werten. Unternehmen, die nicht in der Lage sind, echtes Eigenkapital bilanzmäßig auszuweisen, wären demnach von der Förderung aus öffentlichen Mitteln auszuschließen.

Für die Wohnungsunternehmen, sowohl die gemeinnützigen als auch die sogenannten freien, sollte die Schaffung einer höchstmöglichen Zahl von Eigenheimen oder wenigstens von Wohnungseigentum das Ziel bilden. Nur solche Wohnungsunternehmen, die satzungsmäßig und tatsächlich dieses Ziel verfolgen, betrachten wir als der ehrenden Bezeichnung ‚gemeinnützig‘ würdig. Nur solche Wohnungsunternehmen verdienen unseres Ermessens die steuerliche Begünstigung, die an die Anerkennung als gemeinnützig geknüpft ist. Mit allem Ernst sollten alle Wohnungsunternehmen sich darauf verlegen, ihre Bauvorhaben in der Form von solchen Häusern durchzuführen, die von vornherein dazu bestimmt und geeignet sind, Eigentum ihrer Bewohner zu werden . . .

Den Heimstätten als Organen der staatlichen Wohnpolitik obliegt die Aufgabe, sowohl den kleinen, der Beratung und Betreuung bedürftigen Wohnungsbaugenossenschaften und Siedlergemeinschaften als auch den einzelnen Bauwilligen hilfreich an die Hand zu gehen. Darüber hinaus sollten an allen Orten freie, nichtstaatliche Einrichtungen von der Art der kirchlichen Siedlungsdienste zur Verfügung stehen, die ähnliche Betreuungsdienste leisten. Im Augenblick scheint uns die Schaffung solcher Einrichtungen besonders dringlich für den Ruhrkohlenbezirk, um sicherzustellen, daß mit den großen zur Schaffung von Bergmannssiedlungen zur Verfügung zu stellenden Mitteln nicht wieder Kollektiveigentum, sondern wirklich Bergarbeiter-eigenheime geschaffen werden, wie unsere Bergarbeiter und ihre Familie sie sich wünschen.

Die Auswirkung des ersten Wohnungsbaugesetzes hat leider zu einer Bevorzugung des Geschloßwohnungsbau geführt. Die Bildung von Eigentum ist dabei zu kurz gekommen. Im zweiten Wohnungsbaugesetz muß der wahre soziale Wohnungsbauwille unserer Zeit seinen Ausdruck finden, der den notleidenden Menschen nicht nur eine wohnliche Unterkunft, sondern auch eine echte wirtschaftliche Hilfe leisten will. Wenn dieses Gesetz den in den vorhergehenden Punkten gegebenen Anregungen folgt, wird es ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage werden. Mit besonderem Nachdruck ist auf die Not derjenigen Familien hinzuweisen, in denen zahlreiche noch nicht im Erwerb stehende Kinder leben, sofern sie den fast 85 Prozent unserer Bevölkerung umfassenden niedrigeren Einkommensschichten angehören. Sie sind in der Regel nicht in der Lage, den Aufwand für eine große, für sie aber unentbehrliche Wohnung aus ihrem jetzigen Einkommen zu bestreiten. Es bedarf deshalb einer Aufbesserung ihres Einkommens, wie es in zahlreichen Ländern durch Familienausgleichskassen mit bestem Erfolg bereits geschieht.

Millionen von Deutschen, insbesondere der Heimatvertriebenen, leben noch in ungeeigneten Unterkünften ohne Verbindung zu einem dauernden Arbeitsplatz. Wir sehen es daher als ein besonderes Gebot sowohl der Nächstenliebe als der Politik an, diesen sogenannten Umsiedlern in erster Linie zu helfen. Sie müssen an Orten, die ihnen einen dauernden Arbeitsplatz versprechen, zu einer Heimstatt kommen, und es müßten auch Mittel und Wege gefunden werden, sie bei der Neuansiedlung mit dem nötigen Hausrat zu versorgen.

Fast die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung lebt außerhalb der Großstädte und des großindustriellen Raumes. Etwa die Hälfte der industriellen Arbeitsplätze liegt weit verstreut im Lande. Daraus folgt, daß auch dem Bau auf

dem Lande eine große Bedeutung beizumessen ist. Wir bitten daher, einen gerechten Anteil der Wohnungsbau-mittel der Schaffung von Siedlungen und Eigenheimen auf dem Lande zuzuführen, sowohl für die Nebenerwerbs-siedlung der auf dem Lande lebenden Arbeiter als auch für die Errichtung bäuerlicher Siedlerstellen und zum Erwerb auslaufender Höfe.

#### *Wohnbauprogramm und Verteidigungsbeitrag*

3. Wir wissen, daß heute und in nächster Zukunft nicht nur an die öffentlichen Mittel außerordentliche Anforderungen gestellt werden, sondern auch an die verfügbaren Baustoffe und Arbeitskräfte. Wir warnen deshalb davor, die Aufgabe der Schaffung von echtem, wertbeständigem Eigentum für breiteste Schichten unseres Volkes als zweit-rangig zu betrachten etwa gegenüber einem Beitrag zur deutschen und europäischen Verteidigung. Wir bitten daher alle Träger öffentlicher Verantwortung, in der Bereitstellung nicht nur von Baukapitalien, sondern auch

von Baustoffen und Arbeitskräften mit allem Nachdruck dafür einzustehen, daß das im Bundeswohnungsgesetz festgelegte Wohnungsbauprogramm auch in den kommen-den Jahren durchgehalten wird.

Dem Ausland können wir nicht verschweigen, daß das deutsche Vertriebenenelend nur durch die wirkliche Seß-haftmachung dieser entwurzelten Menschen gemildert werden kann und daß dies wohl den entscheidendsten Beitrag zur europäischen Sicherheit darstellt. Wir geden-ken dankbar der vielfachen Hilfe, die uns in den letzten Jahren schon zuteil geworden ist, und weisen auf den Bericht der Sonne-Kommission hin, der die noch anstehen-den Probleme und die Wege zu ihrer Lösung der Welt gezeigt hat.

An uns selbst, an alle Deutsche aber richten wir den dringenden Appell, den Ernst der Lage nicht zu ver-kennen. Was wir heute opfern für das Eigenheim der ärmsten deutschen Familie, legen wir wertbeständig an für Freiheit und Frieden unserer Kinder.“

## Aktuelle Zeitschriftenschau

### *Theologie*

BISER, Eugen. *Die Einheit des Geistes*. In: Münchener Theo-logische Zeitschrift. Jhg. 3, Heft 1 (Jan. 1952) S. 33—53.

Der von Jahrhundert zu Jahrhundert gesteigerte Subjektivismus der Neuzeit führt zum Nihilismus, zeigt aber auch im letzten durch Umdenken der Subjektivität eine Möglichkeit, die abgebrochenen Bezüge zur Gemeinschaft neu zu knüpfen. Diese Wende in der gegenwärtigen Philosophie, das „Existenzdenken“, soll für die Ekklesiologie fruchtbar gemacht werden.

BORTOLASI, G., SJ. *Calcedonia: Incontro dell'Occidente e dell'Oriente*. In: La Civiltà Cattolica. Jhg. 103 Nr. 2442 (15. März 1952) S. 602—610.

Der Aufsatz arbeitet die Bedeutung des Konzils von Chalzedon für die Beziehungen zwischen der Kirche des Westens und dem Osten heraus und ist für das Studium dieses Teils der ökumenischen Frage von Bedeutung.

KROPP, Angelicus OP. *Jesus und die Pharisäer*. In: Die neue Ordnung Jhg. 6 Heft 2 (April 1952) S. 129—138.

Der Walberberger Exeget setzt mit diesem Beitrage seine früheren in derselben Zeitschrift erschienenen, immer originellen und eindrucksvollen Exe-gesen aus dem NT fort. Er versucht, den Pharisäern gerecht zu werden, zeigt, wie ernst ihre Auseinandersetzungen mit Jesus waren und wie sie für den Herrn Gegenstand liebevoller Belehrung und apostolischer Sorge gewesen sind, und interpretiert die leicht zu unterschiedlos verstandene Verwerfung des Pharisäertums. Der zweite Teil der Exegese folgt.

*Le mystère de l'autel*. In: La Maison-Dieu Nr. 29 (1. Tri-mester 1952).

P. Régamey schreibt einen Artikel voll praktischer Ratschläge über die Altararchitektur und die liturgischen Erfordernisse, A. Gelin und J. Schmitt handeln von der symbolischen Bedeutung des Altars im AT und NT, O. Rousseau OSB von den Vätern, N. Boulet von der christlichen Archäologie des Altares. Im ganzen bietet dies Heft eine auch praktisch höchst anregende Zusammenfassung unseres Wissens über Geschichte und Sinn des christlichen Altars.

\* \* \* *Der Schlaf der Jünger. Zur Gewissenserforschung für Katholiken*. In: Wort und Wahrheit Jhg. 7 Heft 4 (April 1952) S. 251—261.

Ein im positiven Sinne „aufregender“ Programmwurf, der gegen eine falsche Modernität des Katholizismus und für einen nicht verstockten, sondern radikalen Traditionalismus, gegen die Schwächung des dogmatischen Sinnes, gegen Irrationalismus und protestantisierende Tendenz, gegen Welt-flucht und laxen Kurzschlüsse polemisiert. Die rational durchgearbeitete Einheit von Glauben und Tat liegt dem Katholizismus theologisch und philosophisch zugrunde. Daraus ergibt sich die Forderung nach freiem Raum für Spon-taneität und Selbständigkeit.

### *Philosophie*

BRANCO, Carlos, *Situación actual del pensamiento portu-gués*. In: Arbor Nr. 72/XX (Dez. 1951) S. 372—383.

Portugals Philosophie an den staatlichen Universitäten wird wie die der kirchlichen Hochschulen stark von der Neuscholastik der SJ und OFM mit-

bestimmt, zeigt daneben starke Anlehnung an den christlichen Existentialis-mus von Gabriel Marcel und neustens eine Verschmelzungsabsicht beider auf eigener traditionaler Grundlage.

GARCIA, José Perdomio. *En Torno a la Peculiaridad de la Filosofía Hispanoamericana*. In: Arbor Nr. 71/XX (Nov. 1951) S. 242—250.

Seit 1944 gibt es gesamtamerikanische Philosophenkongresse, seit jüngst die Erkenntnis von einer eigenen ibero-amerikanischen Philosophie: intuitiv, theistisch und menschlich, also deutlich abgesetzt von Nordamerikas Logik, Methodik und Semantologie, zusammengefaßt im Pragmatismus. Noch ist aber in Ibero-Amerika mehr von Möglichkeit als von Ausformung zu reden, es scheinen auch die Unterschiede bewußter als eigene Ansätze.

KEMPSKI, Jürgen von. *„Voraussetzungslosigkeit“*. Eine Stu-die zur Geschichte des Wortes. In: Archiv f. Philosophie Jhg. 4 Heft 2 (Sept. 1951) S. 157—174.

Eine eindringende und kenntnisreiche Studie zur Geistesgeschichte des 19. Jh. Die Geschichte des Wortes „Voraussetzungslosigkeit“ ist die Ge-schichte der Idee der Wissenschaft und der Idee der Wahrheit, die zuletzt in Descartes gründet und überhaupt der Neuzeit ihr eigentümliches Gepräge gab.

MEYER, Hans. *Der Sinn der Konkordatsprofessuren*. In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 3 Heft 1 (Jan. 1952) S. 54—62.

Der Schüler von Graf Georg v. Hertling erläutert den Sinn der von jenem eingerichteten Konkordatsprofessuren für Philosophie und Geschichte. Die Frage weitet sich notwendig zum Problem der sog. „Voraussetzungslosigkeit“ der Wissenschaft und endet in demjenigen der „christlichen Philosophie“. Diese ist weit genug, um dem Philosophen innerhalb einer theistisch-teleo-logischen Grundposition alle Freiheit zu lassen.

*Del Autonomismo Trascendental al Amoralismo Actual*. In: Sapientia VI/21 (3. Tr. 1951) S. 163—171.

Die Schriftleitung dieser neothomistischen Philosophiezeitschrift beweist, daß das „edle Bemühen der Phänomenologie und ihres Zweiges, der Axio-logie“, noch mehr des methodisch davon abhängigen Existentialismus zwar ein Abrücken vom Rationalismus und Positivismus brachten, der Existentialismus jedoch seiner Methode nach die wahre ontologische Transzendenz nicht erreichen könne und im radikalsten Amoralismus endige, der Farce eines moralischen Autonomismus.

### *Kultur*

DE AZAOLA, José Miguel. *La Crisis de las Minorias Direc-toras y el Destino de Europa*. In: Arbor Nr. 74 (Febr. 1952) S. 161—191.

Aufbauend auf Überlegungen Eliots, Toynbees, Bendas und Ortega stellt der bekannte spanische Schriftsteller fest, daß ohne führende Minderheiten-Aristokratien die Kultur nicht zu bewahren, daß das Christentum aber ver-bürgerlicht und darum seine Erneuerung Voraussetzung für die Befriedung der Gesellschaft sei. Zu dieser gewaltigen Anstrengung sei die bisher führende